

Wo bleibt die zügige Anpassung ukrainischer Abschlüsse?

Das Beschweigen muss aufhören: Was sich aus einem Dokumentationsprojekt über die Situation ukrainischer Frauen in Deutschland ergibt

Die deutsche Debatte über Migration wurde über Monate ohne Verweis auf geflüchtete Ukrainerinnen geführt. Ihr Schutzstatus ist innerhalb der Europäischen Union zunächst bis zum März 2026 befristet. Im Zuge des Wahlkampfes wurden die Herausforderungen von 1,3 Millionen Menschen, die seit drei Jahren in der deutschen Gesellschaft ausharren, kaum diskutiert. Sie leben infolge des physischen russischen Angriffs im Februar 2022 mit den Traumata von der unmittelbaren Bedrohung in den ersten Wochen der Kämpfe, von Flucht in den Westen der Ukraine und der folgenden Reise ins Ungewisse. Durch das Verbot der Ausreise von Männern sind die meisten der geflüchteten Frauen seither von ihren Partnern getrennt.

Viele Familien haben Angehörige an der Front oder während russischer Bombardierungen verloren. Die aus Mariupol, Bachmut und anderen zerstörten Städten im Osten der Ukraine Geflüchteten haben die eigene Wohnung und ihre Existenzgrundlage verloren. Ein Teil von ihnen war bereits 2014 gezwungen, ihr Zuhause aufgrund des Kriegs zu verlassen. Sie können auch nach einem möglichen Ende der Kampfhandlungen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in ihre Heimat zurückkehren. Eine genauere Betrachtung der Situation der Schutzsuchenden zeigt, dass sie aus drei unterschiedlich stark vom Krieg betroffenen Gruppen bestehen: denjenigen, die nicht zurückkehren können, denjenigen, deren Häuser in Frontnähe unmittelbar von russischer Artillerie beschossen werden, und denjenigen aus den Landesteilen im Zentrum und im Westen der Ukraine, die tagtäglich von russischen Luftangriffen mit Drohnen

und Marschflugkörpern bedroht werden.

Die deutsche Gesellschaft hat kaum diskutiert, wie sie ukrainische Frauen, die seit drei Jahren allein die Verantwortung für ihre Familie übernehmen, nach der ersten Phase der Solidarität weiter unterstützen wird. Die große Mehrheit leistet in der Fremde Care-Arbeit für ihre Kinder oder ihre Eltern. Viele Frauen sind private Bildungsmanagerinnen, die ihre Kinder auf dem steinigen Weg ins deutsche Bildungssystem begleiten und zugleich dafür Sorge tragen, dass sie die ukrainische Schulbildung und damit die Verbindung zur alten Klasse und den in der Ukraine Verbliebenen online fortführen. Im öffentlichen Ringen um die Neuregulierung von Migration kam nicht die Frage auf, was es bedeutet, wenn Ukrainerinnen parallel Fluchterfahrung, den Hürdenlauf der Integration und die aus Pandemiezeiten gut bekannte Herausforderung von Homeschooling handhaben.

Sie müssen jenseits des deutschen Migrationsdiskurses tagtäglich Stärke zeigen, um ihren Kindern einen Alltag jenseits des Kriegs zu ermöglichen. Untersuchungen zeigen, dass Ende 2024 vierzig Prozent mehr Ukrainerinnen eine bezahlte Arbeit aufgenommen hatten als ein Jahr zuvor. Ein wichtiger Grund dafür, dass dennoch nur ein Drittel der Schutzsuchenden im erwerbsfähigen Alter sozialversicherungspflichtige Arbeit leistet, liegt darin, dass über die Hälfte der Frauen als Folge des Kriegs de facto alleinerziehend ist.

Eine zusätzliche Herausforderung sind hierzulande die Mühlen der Bürokratie, die bei der Anerkennung von Zeugnis-

sen und Abschlüssen besonders langsam mahlen. Es fehlt ein Sonderprogramm zum Ausbau öffentlicher Verwaltungen, das den Einstieg von Fachkräften – nicht nur aus der Ukraine – auf dem deutschen Arbeitsmarkt beschleunigen würde. Abhilfe könnten Weiterbildungsprogramme und Angebote schaffen, die eine zügige Anpassung ukrainischer Abschlüsse an das deutsche System ermöglichen. Viele Frauen berichten, dass der Übergang von der Phase der ersten Deutschkurse in den Arbeitsmarkt kritisch sei, wo oft das hohe Sprachniveau B2 vorausgesetzt wird. 2025 wäre es möglich, die häufig geringe Bereitschaft deutscher Arbeitgeber, neue Arbeitnehmerinnen einzuarbeiten, welche nicht den formellen Kriterien entsprechen, in eine Kultur umzuwandeln, in der Neuankömmlinge nicht nach ihren Defiziten bewertet werden.

Im Wahlkampf wurde das Gift des Rassismus mit Bezug auf die AfD stets als binäres System verstanden, in dem sich postnationalsozialistische Deutsche und vermeintliche Fremde gegenüberstehen.

Kaum wurde darüber diskutiert, wie multidirektional die Ablehnung des Anderen in einer migrantisch geprägten deutschen Gesellschaft funktioniert. Ukrainerinnen könnten in diese Diskussion ihre Perspektive einbringen, denn sie spüren im Alltag die Missgunst anderer Migrantengruppen, die früher in die Bundesrepublik kamen, aber nicht umgehend Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis erhielten. Auch nehmen sie die rassistische Grundstim-

mung eines Teils der deutschen Bevölkerung war.

Die Partei, die mit Schlagwörtern wie Remigration offen Deportationen aus Deutschland fordert, wurde im Osten stärkste und in weiten Teilen des Westens zweitstärkste politische Kraft. Eine zukünftige Debatte über Migration in Zeiten des Kriegs könnte neue Wege finden, um die ganz unterschiedlichen Vorbehalte, die innerhalb der deutschen Gesellschaft die Wahrnehmung verschiedener Einwanderergruppen prägen, zusammen zu denken. Das alltägliche Leben mit der Ungewissheit darüber, wie und wann der Krieg mit einem gerechten Frieden endet, ist eine Last, die diejenigen tragen, die trotz der Zerstörungen vorhaben, in die Ukraine zurückzukehren. Das Zerwürfnis im Oval Office führte allen Ukrainerinnen in Deutschland die Unsicherheit der eigenen Zukunft schmerzhaft deutlich vor Augen.

Eine einzelne Bemerkung von Donald Trump über die mögliche Deportation von über 200.000 schutzsuchenden Ukrainern aus den USA nährt die Ängste. Eine neue deutsche Bundesregierung könnte hier zumindest mit einer klaren Perspektive für die Zeit nach Ablauf des europäischen Schutzstatus eine mittelfristige Perspektive bieten. Bis dahin fordert im Alltag das schrittweise Ankommen in Deutschland ebenso

viel Kraft wie der Versuch, weiter für die existenziell bedrohte Ukraine da zu sein. So sammeln viele Ukrainerinnen nach der Arbeitszeit und den Stunden im Deutschkurs Spenden für ukrainische Militäreinheiten, Sozialprojekte und selbst Tierheime in der Heimat.

Unter den Schutzsuchenden kommen aber auch die inneren Verwerfungen der ukrainischen Gesellschaft zum Tragen, die einzelne deutsche Medienhäuser nutzen, um ihre Reichweite mit der Botschaft eines vom Krieg zerrissenen Landes zu erhöhen. Der Widerspruch zwischen der umfassenden Erschöpfung nach drei Jahren Krieg und dem Willen, den Widerstand auch ohne die Unterstützung der USA nicht aufzugeben, ist für die ukrainischen Gemeinschaften in Deutschland ein Zerreißprobe. Die Stimmen derjenigen deutschen Intellektuellen, die in offenen Briefen an die falschen Adressaten Frieden fordern und insgeheim meinen, dass es Zeit sei, dass die Ukraine aufgibt, sind seit Trumps offenem Seitenwechsel erstaunlich stumm.

Das Schweigen über die Situation ukrainischer Frauen in Deutschland wird nur übertönt vom lauten, eindringlichen Schweigen der ukrainischen Männer, die legal in Deutschland leben. Unter den über 250.000 männlichen Schutzsuchenden ist ein großer Teil minderjäh-

rig oder im Rentenalter. Zehntausende erwachsene Männer konnten die Ukraine verlassen, weil sie krank sind oder mehr als zwei Kinder haben. Ihre Unsichtbarkeit und Sprachlosigkeit geht darauf zurück, dass viele von ihnen sowohl gegenüber der ukrainischen als auch gegenüber der deutschen Gesellschaft Scham empfinden. Sie fühlen sich im Alltag indirekt gedrängt, sich für ihr Nicht-in-der-Ukraine-Sein zu rechtfertigen.

Der mögliche zukünftige Bundeskanzler Friedrich Merz hat ihre Zukunft in der heißen Phase des Wahlkampfs nicht zum Thema gemacht, nachdem er 2024 erste Anläufe dazu unternommen hatte. Nach seiner Wahl durch den Bundestag wäre es wichtig, dass er sowohl den Männern als auch den Frauen aus der Ukraine eine klare Perspektive in Deutschland aufzeigt. Dazu wäre es hilfreich, zuvor in der Debatte über Migration die Betroffenen selbst zu Wort kommen zu lassen.

ANZHELA BELIAK / FELIX ACKERMANN

Der Text geht auf die Auswertung von Interviews des Dokumentationsprojekts „24.2., 5 Uhr morgens“ zurück, das an der Fernuniversität in Hagen seit 2023 in Kooperation mit geflüchteten Ukrainerinnen durchgeführt wird.

Wörter:	1.132	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	ANZHELA BELIAK / FELIX ACKERMANN	Nummer:	370
Seite:	12 bis 12	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	Feuilleton	Auflage:	145.692 (gedruckt) ¹
Medienkanal:	PRINT		178.670 (verkauft) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung		181.932 (verbreitet) ¹
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,85161 (in Mio) ²
¹ IVW 4/2024			
² AGMA ma 2024 Tageszeitungen			